

Debatte: Nomadische europäische Bürgerschaft

Zuzanna Dziuban, Kirsten Mahlke, Gudrun Rath

»Man spricht das Thema der Europäischen Union heutzutage nur mit Zögern an«: Diese Diagnose, welche die Philosophin Rosi Braidotti 2011 stellte und auf die sie in den folgenden Jahren in verschiedenen Texten und Vorträgen bis heute immer wieder zurückgreift, hat nichts an Aktualität verloren, auch wenn sie in veränderter Form zutrifft. Jene, die den aktuellen Zustand der EU-28 mit einem Kopfschütteln betrachten und um den *Hard Brexit* bangen, der nicht nur Großbritannien, sondern auch der Europäischen Union großen Schaden zufügen könnte, stehen anderen gegenüber, die einen ebensolchen Austritt aus der ungewollten Gemeinschaft in nationalem Rahmen wenigstens vordergründig selbst vorantreiben. Daneben stehen Verfechter_innen einer postnationalen, föderativ regierten EU und solche, die einer Renationalisierung nach ethnisierten Zugehörigkeitskriterien in ganz Europa das Wort reden.

Doch welche Visionen kann eine solche Gemeinschaft im 21. Jahrhundert jenseits der populistischen pro- und contra-Fraktionen haben, in Zeiten, in denen möglicherweise ein erster Austritt die Personenfreizügigkeit vor neue Herausforderungen stellt, während an Europas Grenzen Migrant_innen gewaltsam abgehalten werden? Das Verhältnis von Mobilität, Migration und Zirkulation zeigt ungleiche Bewertungen von europäischer und außereuropäischer Beweglichkeit an, die zu Grenzziehungen jenseits des Mittelmeers veranlassen und das Asylrecht zur Debatte stellen. Welche Art politischer Subjekte wird diesseits und jenseits der EU dadurch geschaffen? Und

wie verhält sich die bürokratische Union im dritten Jahrtausend zum utopischen Projekt eines vereinten friedlichen Europas?

Ausgehend von diesen Fragen und aus gegebenem Anlass bringt die folgende Debatte Braidottis Text erstmals in deutscher Übersetzung.¹ Braidotti geht davon aus, dass Eurozentrismus im Niedergang begriffen ist und plädiert in Anlehnung an Deleuze/Guattari für ein »Minoritärwerden« Europas. Die Europäische Union begreift sie dabei als progressives, aus antifaschistischem Impetus entstandenes Projekt, das in der Destabilisierung der klassischen Vorstellung eines europäischen Subjekts des Wissens und bei gleichzeitiger Etablierung einer nomadischen Bürgerschaft hilfreich sein kann. In einer ersten Replik kritisiert die Soziologin Manuela Boatcă das reduzierte Verständnis Europas in diesem Kontext, das die aktuellen kolonialen Verstrickungen außer Acht lässt. Daniel Thym kontert in einer zweiten Replik Braidottis Vision aus juristischer Perspektive: Thym kritisiert Braidottis Verständnis der Europäischen Union als Projektionsfläche eines postnationalistischen Heilsversprechens und legt anhand ihrer juristischen Geschichte dar, dass diese nicht notwendigerweise als Gegenpol zum »alten Europa« verstanden werden muss. In einer abschließenden dritten Replik diskutiert die

.....
1 Braidottis Eingangsstatement erschien in einer längeren Fassung zuerst als »Nomadic European Citizenship«. (2011). Der Abdruck erfolgt mit freundlicher Genehmigung der Autorin.

Soziologin Estela Schindel Braidottis Plädoyer im Hinblick auf drei Herausforderungen, die für Schindel die politische Schlagkraft einer nomadischen europäischen Bürgerschaft deutlich schwächen: Wie Manuela Boatcă kritisiert auch Schindel Braidottis verkürzte Sicht auf

den Eurozentrismus als überholtes Phänomen. Die Denkfigur des Nomadismus liest Schindel vor dem Hintergrund einer erzwungenen (außereuropäischen) Mobilität, um schließlich die Flexibilisierung des Bürgerschaftsregimes zu diskutieren.

Nomadische europäische Bürgerschaft

Rosi Braidotti

Das Thema der Europäischen Union spricht man heutzutage nur mit großem Zögern an. Welche Hoffnungen und Erwartungen dieses Projekt in der Vergangenheit auch erweckt haben mag, zurzeit ist es Anlass zu allgemeiner Besorgnis, sowohl für diejenigen, die innerhalb seiner Grenzen leben als auch für den Rest der Welt. Das Projekt, eine ›neue‹ europäische Identität als einen multikulturellen, sozialen und demokratischen Raum innerhalb des Rahmens der Europäischen Union aufzubauen, ist umstritten, um es gelinde auszudrücken. Der aktuelle politische Kontext eines wachsenden Euroskeptizismus, der mit zunehmender Fremdenfeindlichkeit einhergeht, macht die inneren Spannungen des europäischen politischen Projekts deutlich. Trotz der erfolgreichen Einführung des Euro als gemeinsamer Währung lässt die globale Finanzkrise, für die der ›Fall Griechenland‹ paradigmatisch steht, seine Nachhaltigkeit fraglich erscheinen. Die EU wird gleichzeitig als bedeutende Akteurin innerhalb der Weltwirtschaft und als ein alternativer sozialer Raum positioniert, dem es nicht an progressiven Elementen fehlt. Das Veränderungspotenzial dieses Projekts bildet nicht nur in einigen Schlüsselfragen (Datenschutz, Telekommunikation, genetisch veränderte Nahrungsmittel, Umwelt) ein Gegengewicht zu den aggressiven Seiten des Neoliberalismus, sondern

hebt auch die Notwendigkeit hervor, die Gefahren des Eurozentrismus zu überdenken.

In diesem Beitrag werde ich das progressive Potenzial der EU im Hinblick auf die zunehmende Nomadisierung von Europa unterstreichen. Dieses politische Projekt bringt die Neudefinition der Beziehung zwischen den Mitgliedsstaaten, aber auch der Machtbeziehungen in ihrem Inneren mit sich. *Global City* und ›Festung Europa‹ stehen einander gegenüber und sind gleichzeitig zwei Seiten ein- und derselben Medaille. In Bezug darauf möchte ich einen Prozess des ›Minoritärwerdens‹ Europas als Weg verteidigen, um sowohl die binäre Gegenüberstellung von global und lokal zu umgehen als auch die etablierten Definitionen einer europäischen Identität zu destabilisieren. Meine Position stützt sich auf die Annahme eines Niedergangs des Eurozentrismus als historischem Ereignis, wodurch sich in unserem kollektiven Identitätsgefühl eine qualitative Verschiebung des Blickwinkels ergibt.

Die nomadische Vision eines kollektiv zusammengesetzten, außenbezogenen und vielschichtigen Subjekts, das in einem Zeitkontinuum agiert, prallt frontal auf die etablierte Auffassung vom europäischen Subjekt des Wissens. Im Anschluss an die kritischen Prämissen der poststrukturalistischen Kritik des Humanismus von Foucault (1966), Deleuze und

Guattari (1972, 1980), Derrida (1991) und Irigaray (1977) hinterfragt das nomadische Denken die klassische Auffassung vom philosophischen Subjekt als Verkörperung des europäischen Bürgers. ›Europa‹ steht in dieser Diskussion für einen stillschweigenden Konsens hinsichtlich der Selbstverständlichkeit der selbstreflexiven und selbstkorrigierenden Fähigkeiten der Vernunft. ›Europäischsein‹ ist, mit anderen Worten, an keinen spezifischen geopolitischen Ort mit einer politischen Geschichte gebunden, sondern vielmehr ein universelles und abstraktes Konzept.

Mein Argument bezieht sich auf das ›Unbedeutendwerden‹ der Europäischen Union im Sinne eines postnationalistischen, europäischen Raums. Ich stütze dieses Projekt auf zwei Argumentationslinien: die eine politisch, die andere historisch. Politisch steht in Kontinentaleuropa die nationalistische und fremdenfeindliche autoritäre Rechte an der Spitze der Opposition gegen die Europäische Union. Die kurzfristige Auswirkung dieses Prozesses ist eine nationalistische Welle von Paranoia und fremdenfeindlichen Ängsten, die gleichzeitig antieuropäisch und rassistisch ist. Ich argumentiere, dass die späte Postmoderne durch das Paradox der gleichzeitigen Globalisierung und Fragmentierung funktioniert. Es ist, als würde der Satz vom ›ausgeschlossenen Dritten‹ nicht gelten und als könnten ein Tatbestand und sein Gegenteil gleichzeitig der Fall sein (Appadurai 1990). Damit fällt heute die Erweiterung der europäischen Grenzen mit dem erneuten Aufleben von mikronationalistischen Grenzen auf allen Ebenen Europas zusammen. Vereinigung koexistiert mit dem Schließen von Grenzen; gemeinsame europäische Staatsbürgerschaft und gemeinsame Währung koexistieren mit wachsender innerer Fragmentierung und Regionalismus; eine neue, vermeintlich postnationalistische Identität koexistiert mit der Wiederkehr von Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus.

Starker Widerspruch gegen die EU kommt allerdings auch von der nostalgischen Linken, der die topologischen Grundlagen für internationale Arbeitersolidarität zu fehlen scheinen. Die kosmopolitische Tradition des Sozialismus spricht sich gegen die europäische Dimension aus: Solidarität mit der Dritten Welt transportiert immer einen politisch korrekten Konsens, während ein Interesse an europäischen Fragen häufig als eitel und selbstbezogen abgetan wird.

Historisch entstand die Europäische Union aus der Niederlage von Faschismus und Nationalsozialismus nach dem Zweiten Weltkrieg. Im Kontext des Kalten Krieges spielte die Europäische Gemeinschaft als Vorzeigeprojekt der westlichen Überlegenheit auch die Rolle, den Wiederaufbau der kriegszerstörten europäischen Wirtschaft zu rationalisieren.

Die beiden Zweige meiner Argumentation – der politische und der historische – führen auf einen einzigen Schluss hin: ›die Europäische Union‹ als progressives Projekt bedeutet einen Ort des möglichen politischen Widerstands gegen Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus, schlechte Gewohnheiten, die im alten imperialistischen Europa endemisch waren. Daraus folgt, dass die Frage der Europäischen Union nicht länger mit der europäischen Identität zusammenfällt, sondern vielmehr einen Bruch mit ihr und ihre Transformation darstellt. Die Forschung spiegelt diese zweifache Schiene wieder: Es gibt deutlich mehr Arbeiten über die europäische Identität als solche als über die Europäische Union. Kritische Theorien, darunter auch der Feminismus, zeichnen sich vor allem durch ihr Schweigen bezüglich des postnationalistischen politischen Projekts der EU aus und tendieren zu einer antieuropäischen Haltung. Die Auffassung von Europa als postnationalistisches Projekt sollte bei diesen Machtkritiken jedoch auf ein Echo stoßen, da es die Vorstellung von Europa als einer Weltmacht ablehnt, die von einer Form des

Universalismus angetrieben wird, die den Ausschluss oder den Konsum anderer impliziert hat.

In den veränderlichen Landschaften des fortgeschrittenen Kapitalismus und seiner globalen Diasporen ist tatsächlich eine Reihe von neuen, alternativen Subjektivitäten entstanden. Das sind umstrittene, vielschichtige und innerlich widersprüchliche Subjektpositionen und trotz alledem nicht weniger von Machtbeziehungen beherrscht. Einer der signifikantesten Effekte der späten Postmoderne in Europa ist das Phänomen der Transkulturalität in einem pluriethnischen oder multikulturellen europäischen Gesellschaftsraum. Die weltweite Migration – eine enorme Bevölkerungsbewegung von der Peripherie ins Zentrum, die sich weltweit in »verstreuten Hegemonien« (Grewal/Kaplan 1994) vollzieht – hat den Anspruch auf eine angebliche kulturelle Homogenität der europäischen Nationalstaaten und der angeschlagenen Europäischen Union in Frage gestellt. Die Paradoxa, Machtasymmetrien und Fragmentierungen des aktuellen historischen Kontexts erfordern vielmehr, die politischen Debatten von der Frage der Unterschiede zwischen Kulturen hin zu Unterschieden innerhalb ein und derselben Kultur zu verschieben.

Die Europäische Union als nomadisches Projekt hat mit der ernüchternden Erfahrung zu tun, über unseren spezifischen Standpunkt Bilanz zu ziehen und, im Anschluss an feministische *politics of location*, eingebettete und körperbezogene Perspektiven einzunehmen – das Gegenteil des grandiosen und aggressiven Universalismus der Vergangenheit: eine verortete und verantwortliche Perspektive, in der es darum geht, unser kollektives Gedächtnis in den Dienst eines neuen politischen und ethischen Projekts zu stellen, das vorwärtsgewandt und nicht nostalgisch ist. Daniel Cohn-Bendit stellte fest, dass wir, wenn dieses europäische Projekt funktionieren soll, wirklich von der Annahme ausgehen müssen, dass Europa die spezifische Peripherie ist, in der wir

leben, und dass wir dafür Verantwortung übernehmen müssen (1995).

Eine konkrete Verbindung der Politik des Nomadischwerdens mit der politischen Analyse Europas zeigt sich im Problem des *Weißseins*. Für die Erben Europas wird die wirtschaftliche und kulturelle Globalisierung das Ende des Mythos von kultureller Homogenität bedeuten. Das ist der europäische Gründungsmythos, so wie in den Vereinigten Staaten der Multikulturalismus der zentrale Mythos ist. Natürlich bietet die europäische Geschichte zu jedem beliebigen Zeitpunkt reichlich Gegenbeweise: Migrationswellen aus dem Osten und Süden lassen jede Behauptung einer ethnischen oder kulturellen Homogenität in Europa lächerlich erscheinen, während die beharrliche Anwesenheit von jüdischen und moslemischen Bürger_innen die Identifizierung von Europa mit dem Christentum in Frage stellt. Dennoch bleibt der Mythos der kulturellen Homogenität für die Fabel des europäischen Nationalismus unentbehrlich.

In unserer Zeit werden diese Mythen entlarvt und in Fragen aufgesplittet, die sich auf Ansprüche und Handlungsfähigkeit beziehen. Damit steht die Europäische Union vor der Frage, ob man gleichzeitig Europäer_in und schwarz oder Muslim_in sein kann.

Meine politische Strategie in dieser Beziehung besteht darin, den Anspruch auf eine europäische Identität als offenes und vielschichtiges Projekt gegen ihre Konzeption als unveränderliches und gegebenes Wesen zu fördern. Eine solche kulturelle Identität stellt sich historischen Widersprüchen, um sie in Räume des kritischen Widerstands gegen hegemoniale Identitäten jeder Art zu verwandeln. Meine eigene Entscheidung, *Whiteness* in der Ära des fortgeschrittenen Kapitalismus neu zu formulieren, besteht erstens darin, sie im geohistorischen Raum Europas und innerhalb des politischen Projekts der Europäischen Union zu verorten. Das läuft darauf hinaus, sie zu historisieren und ihre vorgeblich »natürlichen« Orte zu entmystifizieren. Der nächste

Schritt besteht darin, sie kritisch zu analysieren, sie in aufeinanderfolgenden kritischen Wiederholungen immer wieder aufzusuchen, die darauf abzielen, die unterschiedlichen Schichten dieser komplexen Identität auszuhöhlen und sie freizulegen, bis sie sich auf das Neue hin öffnet.

Der dritte Schritt ist es, zu versuchen, die europäische Identität umzulenken, um ihre hegemonialen Tendenzen aufzuheben. Diese Art von Identität bezeichne ich als ›nomadisch‹. Ein nomadisches europäisches Subjekt zu sein bedeutet, sich im Transit zwischen unterschiedlichen Identitätsformationen zu befinden, aber gleichzeitig genügend in einer historischen Position verankert zu bleiben, um dafür Verantwortung zu übernehmen. Die Schlüsselworte sind Verantwortlichkeit und die strategische Neuverortung von *Weißsein*. Das ist auch eine Art und Weise, das ›Minoritärwerden‹ von Europa zu postulieren und damit das Privileg der Unsichtbarkeit zu beseitigen, das Europa als einem vorgeblichen Zentrum der Welt zugeschrieben worden war. Durch Übernahme der vollen Verantwortung für die parteiische Perspektive des eigenen Standorts eröffnet ein minoritärer europäischer Raum jenen eine mögliche politische Strategie, die dieses spezielle Machtzentrum in einer globalisierten Welt bewohnen, die von verstreuten Hegemonien geprägt ist und daher nicht mehr von der europäischen Macht allein beherrscht wird.

Bisher habe ich argumentiert, dass Vorstellungen von Identität als multipel, mobil und nomadisch heute die exakteste Art und Weise sind, unsere historische Bedingtheit zu beschreiben. Allerdings verursachen sie auch Wellen von kollektiver kultureller und politischer Angst. In einem derartigen Kontext möchte ich die These verteidigen, dass wir viel gewinnen können, wenn wir eine nicht-einheitliche und vielschichtige Sicht auf Identität einnehmen, sie mit neuen Praktiken einer flexiblen Bürgerschaft verbinden und uns weigern, Befürchtungen oder Ängsten nachzugeben. Die Auswirkungen des globalen Trends auf die

Konzeption und Praxis von Bürgerschaft sind in der Tat enorm. Das Phänomen, das weltweit als flexible Bürgerschaft bekannt ist, beschreibt die Trennung der drei grundlegenden Elemente, aus denen sich Bürgerschaft bislang zusammensetzte: ethnische Herkunft oder Geburtsort, Nationalität oder Bindung an einen Nationalstaat und die gesetzliche Struktur der tatsächlichen staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten. Diese drei Faktoren werden getrennt, ihre Verbindung zueinander wird gelöst und sie werden auf interessante Art und Weise neu kombiniert.

Eine radikale Umstrukturierung der europäischen Identität als postnationalistische Identität kann pragmatisch in einer nomadischen Variante der flexiblen Bürgerschaft umgesetzt werden. Das würde allen ›Anderen‹ – allen möglichen hybriden Bürger_innen – ermöglichen, an den Rechten und Pflichten von aktiver Partizipation und rechtlichem Status in einem Raum teilzuhaben, der andernfalls das Etikett ›Festung Europa‹ verdienen würde. Dieses postnationalistische Identitätsgefühl steht im Kontext des politischen Konzepts der flexiblen Bürgerschaft im Rahmen der ›neuen‹ Europäischen Union (Ferreira, Tavares und Portugal 1998). Eine desaggregierte Vorstellung von Bürgerschaft entsteht tatsächlich aus der derzeitigen Situation der EU – als Bündel von Rechten und Leistungen, das sowohl einheimische Bürger_innen als auch Migrant_innen aufnehmen kann; als Versuch der Anpassung an die kulturelle Vielfalt, ohne die europäischen liberalen Demokratien und die universelle Idee der individuellen Menschenrechte zu untergraben.

Dieses Modell einer nomadischen, flexiblen Bürgerschaft würde unter anderem auch die binäre Gegenüberstellung wir/sie so abbauen, dass die Auflösung eines starken und unveränderlichen Konzepts der europäischen Bürgerschaft zugunsten eines funktionell differenzierten Netzwerks von Zugehörigkeiten und Loyalitäten erfasst würde. Für die Bürger_innen der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union würde

die neue EU-Bürgerschaft auf der Trennung der drei Elemente Nationalität, Bürgerschaft und nationale Identität beruhen. Ulrich Preuß zufolge formt ein solches von nationalen Fundierungen abgelöstes europäisches Konzept von Bürgerschaft die Grundlage für eine neue Art von Zivilgesellschaft, die über die Grenzen jedes einzelnen Nationalstaats hinausgeht. Wenn ein derartiges Konzept von »Ausländertum« (Preuß 1996: 551) zum integralen Bestandteil der Bürgerschaft in der Europäischen Union würde, so argumentiert Preuß, würden alle europäischen Bürger_innen letztlich zu »privilegierten Ausländer_innen« (ebd.). Mit anderen Worten, sie würden ohne Bezug auf eine zentralisierte und homogene Sphäre der politischen Macht zusammenwirken. Dieses Konzept von Bürgerschaft hat daher das Potential, zu einer neuen Konzeption von Politik zu führen, die nicht mehr an den Nationalstaat gebunden wäre.

Ein postnationalistisches Gefühl von europäischer Identität und von flexibler Bürgerschaft ist nicht leicht zu erreichen und ist in gewisser Hinsicht sogar eine kontraintuitive Idee. Es erfordert eine zusätzliche Anstrengung es hervorzubringen, da es die Frage aufwirft, wie tief eingebettete Gewohnheiten unserer Vorstellungswelt zu verändern sind. Wie kann eine derartig tiefgreifende Transformation inszeniert werden? Diese Frage wird durch das Ausmaß, in dem wir bereits auf postnationalistische Art und Weise und in einem postnationalistischen gesellschaftlichen Raum leben umso dringlicher.

Was uns fehlt, ist eine gesellschaftliche Vorstellungswelt, die adäquat die gesellschaftlichen Realitäten eines postnationalistischen europäischen Identitätsgefühls widerspiegelt, die wir bereits erfahren. Wir haben keine adäquaten, positiven Repräsentationen des neuen trans-europäischen Zustands entwickelt, den wir auf diesem Kontinent leben. Dieses Fehlen einer gesellschaftlichen Vorstellungswelt nährt sich aus der politischen Scheu und den Widerständen, die gegen das europäische politische Projekt in Stellung

gebracht werden und stützt diese gleichzeitig. Es braucht weitere Forschung zur Rolle der zeitgenössischen globalen Medien, die die gesellschaftliche Vorstellungswelt von globalen Kulturen sowohl kolonisieren als auch stimulieren.

Meine Frage lautet daher nun folgendermaßen: Wie entwickelt man eine solche neue europäische Vorstellungswelt? Ich denke, dass ein derartiges Konzept ein Projekt ist, nicht etwas Gegebenes. Dennoch wird sie dadurch nicht utopisch, im Sinne von zu idealistisch. Im Gegenteil: Sie ist eine virtuelle gesellschaftliche Realität, die durch gemeinsames Bemühen von aktiven, bewussten und begehrenden Bürger_innen verwirklicht werden kann. Wenn sie überhaupt utopisch ist, dann nur im positiven Sinne der Utopie: die notwendige Dosis einer traumähnlichen Vision, ohne die kein gesellschaftliches Projekt vom Boden kommt und Unterstützung finden kann.

Darin besteht das Paradox, das im Kern der Suche nach einer neuen, postnationalistischen Umformulierung der europäischen Identität liegt: Sie wird zu eben jener historischen Zeit als Gebilde denkbar, da sie aufgehört hat, als gesellschaftliche oder symbolische Realität zu funktionieren. Der Prozess, zu Europäer_innen zu werden, bringt das Ende von feststehenden eurozentrischen Identitäten mit sich und läuft damit parallel zum Nomadisch-Werden der Subjektivität.

Das befreiende Potential dieses Prozesses ist proportional zu den gedanklichen und politischen Anstrengungen, die er von uns allen erfordert. Die Anerkennung der neuen vielschichtigen, kulturübergreifenden und postnationalistischen Vorstellung von Europa wäre in diesem Fall nur die Prämisse für die kollektive Entwicklung eines neuen Verantwortungsgefühls für das spezielle Stück der Weltperipherie, in dem wir zufällig leben.

Ich möchte allerdings sehr deutlich machen, dass eben diese Definition von nomadischen Subjekten von dem spezifischen Standpunkt aus formuliert ist und

Aussagen über den spezifischen Standpunkt trifft, für den ich entschieden habe, mich verantwortlich zu machen. Es ist eine eingebettete europäische Darstellung meiner eignen Traditionen oder Genealogien. Mit anderen Worten ist es nur einer von vielen Standpunkten, die auf einige von den Menschen zutreffen können, die sich – in Bezug auf genealogisches Bewusstsein und verwandte Formen der Verantwortlichkeit – gegenüber der Art von Machtbeziehungen verorten, die mit dem Kontinent Europa einhergehen. Dieser Prozess ist kollektiv und affektiv: Er wird von einem Wunsch nach Veränderung angetrieben, der von manchen, wenn auch nicht vielen, aufrechterhalten wird. Die europäische postnationalistische Identität ist ein

solches Projekt: im Grunde politisch, hat es eine starke ethische Anziehungskraft aus Überzeugungen, Visionen und Wünschen. Dieses Befreiungspotential ist direkt proportional zum Begehren und zu den kollektiven Affekten, die es mobilisiert. Die Anerkennung von Europa als postnationalistisches Gebilde ist die Prämisse, die der Schaffung eines Gefühls der Verantwortlichkeit für diesen spezifischen Rand des Planeten unterliegt, den Europäer_innen besetzen. Das Minoritärwerden von Europa inszeniert diese Neukonfigurierung als aktives Experiment, mit unterschiedlichen Arten, diesen gesellschaftlichen Raum zu bewohnen.

Aus dem Englischen von Brita Pohl.

Von (un)bedeutenden und vergessenen Europas

Manuela Boatcă

Das Projekt einer postnationalistischen Europäischen Union als Prozess des ›Minoritärwerdens‹ oder der Nomadisierung Europas, einschließlich seiner historischen wie seiner *critical whiteness*-Komponente, erinnert an ähnliche, epistemisch und politisch verwandte Vorschläge. Sowohl Chakrabartys Plädoyer für eine »Provinzialisierung Europas« (Chakrabarty 2010), als auch Édouard Glissants Feststellung, dass sich Europa im 21. Jahrhundert »kreolisiert« (Glissant 2011; vgl. Gutiérrez Rodríguez/Tate 2017) schließen an eine *politics of location* an, wenn auch nicht an eine explizit feministische. Mit Braidottis Vision von einem nomadischen Europa teilen Chakrabartys Gegenentwurf von »Europa als Provinz« wie Glissants Vorstellung von »Europa als Archipel« hingegen die Hoffnung, dass sich ein zunehmend unbedeutendes Europa durch Migration und Transkulturalität weiterhin selbstkritisch wandelt.

Doch von welchem Europa ist hier die Rede? Innerhalb der abstrakten Universalie ›Europa‹, die es zu nomadisieren gilt, gab es mindestens seit der Kolonialexpansion iberischer Mächte (un)bedeutendere Europas mit unterschiedlichen, wechselnden und sehr ungleichen Rollen bei der Definition der vorherrschenden europäischen Identität (vgl. Boatcă 2015). Das Etikett ›Europa‹ schließt seit dem Wechsel der Hegemonie von den iberisch-katholischen zu den angelsächsisch-protestantischen Kolonialmächten im 18. Jahrhundert immer Westeuropa und seine weißen Bevölkerungen ein; Südeuropa, samt seinen geschwächten Reichen und dem maurischen Erbe, wird dafür allmählich aus dem westlichen Zentrum und somit auch aus der dominanten europäischen Identität herausdefiniert; Zentral- und Osteuropa müssen explizit genannt werden, um von ›Europa‹ mitgemeint zu sein, ohne jedoch damit auch die Definitionsmacht zu teilen; während *Black Europe*

in vielen europäischen Sprachen – einschließlich Deutsch – unaussprechlich und unübersetzbar bleibt und als soziale Realität erst begründet, argumentativ verteidigt und erklärt werden muss (vgl. Hine u.a. 2009).

Das Konzept ›Europa‹ hatte also nie einen bloßen geographischen Gehalt, sondern hat immer sowohl die Geopolitik als auch die Epistemologie verschiedener historischer Machtbeziehungen widerspiegelt. Die Art und Weise, wie man Europa erzählt – und wie sich Europa selbst erzählt – ist durch die Entstehung und spätere Erweiterung der Europäischen Union stark geprägt. Mit dem Diskurs der Europäischen Union ist eine ›moralische Geographie‹ Europas, die tiefgreifenden Konsequenzen für die Identitätspolitik, die Bürgerrechte, die Militär- und Währungspolitik der ausgeschlossenen Länder mit sich bringt, eng verknüpft: Die EU-Erweiterung hat das Etikett ›Europa‹ schrittweise monopolisiert, sodass nur die jetzigen 28 Mitgliedstaaten als ›europäisch‹ gelten und in den Begriff inkludiert werden. Beitrittsverhandlungen zur EU werden konsequent als ›Europäisierung‹ dargestellt, unabhängig von der geografischen Verortung der Beitrittskandidaten auf dem europäischen Kontinent – von der Osterweiterung 2004 bis zum Beitritt Rumäniens und Bulgariens 2007 und Kroatiens 2013. Eine Reduzierung Europas auf die Europäische Union hat zumindest analytische Vorteile, ist damit doch der Untersuchungsgegenstand klar definiert. Doch auch auf die Europäische Union bezogen bleibt das Projekt der Nomadisierung Europas ohne eine eindeutige kollektive Basis. Die erfolgreiche Einführung des Euro ist ein finanzwirtschaftlich beispielloses Projekt, aber der Euro ist weder in allen EU-Mitgliedsstaaten die gemeinsame Währung, noch ist seine Einführung nur eine Frage der Zeit. Dänemark, Schweden und das Vereinigte Königreich haben die Frage nach dem Euro schon lange mit ›nein‹ beantwortet, für manche der neuen Mitglieder stellt sie sich aber gar nicht erst. Damit werden die

gleichen innereuropäischen West-Ost-Hierarchien deutlich wie bei der Anwendung des Etiketts ›Europa‹, die sich jedoch in anderen Bereichen fast beliebig wiederfinden. So zum Beispiel im Hinblick auf den Beitritt zum Schengener Abkommen oder auf das Recht der EU-Bürger auf Freizügigkeit, die osteuropäischen Mitgliedsstaaten viel später oder zum Teil noch gar nicht offenstehen. Wenn Bulgarien und Rumänien 2018 und 2019 die EU-Ratspräsidentschaft übernehmen konnten, ohne aber den Euro als Währung einführen zu dürfen oder Teil des Schengener Abkommens zu sein, das ihren Bürger_innen die Grenzkontrollen an EU-Binnengrenzen erspart; und wenn Kroatien ohne Euro, Schengener Abkommen, aber mit eingeschränktem Recht auf Freizügigkeit 2020 die EU-Ratspräsidentschaft innehat – welches Europa ist es, das nomadisiert werden muss? Wer ist das ›wir‹, das für die spezifische Peripherie Europas Verantwortung übernehmen muss?

Zu diesem fragmentierten EU-Europa, jedoch nicht zum unmittelbaren Verständnis davon, gehören auch die vierunddreißig von den verbliebenen achtundfünfzig Kolonialbesitztümern weltweit, die unter der direkten Kontrolle von EU-Mitgliedsstaaten stehen. Diese ›vergessenen Europas‹ sind das Ergebnis der kolonialen Projekte von sechs EU-Mitgliedern: Dänemark, Frankreich, den Niederlanden, Portugal, Spanien, und dem Vereinigten Königreich. Sie werden als »überseeische Länder und Hoheitsgebiete der EU« sowie als »EU-Gebiete in äußerster Randlage« bezeichnet und befinden sich in der Karibik, Südamerika, im Atlantischen, Indischen und im Pazifischen Ozean. Sie sind Teil der europäischen Staaten, die sie kolonisiert haben und dadurch (integrierte oder assoziierte) Teile der Europäischen Union. Sie sind in offiziellen Karten der Europäischen Union vertreten und ihre Staatsbürger_innen haben EU-Nationalitäten, wählen in nationalen Referenden, wie dem Brexit, und bestimmen Präsidentschaftswahlen, wie die Emmanuel Macrons 2017, entscheidend

mit. Die französischen ›Überseedepartements‹ in der Karibik und Südamerika sowie die spanischen ›autonomen Gemeinschaften‹ und die portugiesischen ›autonomen Regionen‹ im Atlantik haben sogar den Euro als offizielle Währung und sind auf Euroscheinen abgebildet. Die restlichen fünfundzwanzig Überseegebiete, im offiziellen Diskurs umständlich definiert als »countries that have a special relationship to one of the Member States of the European Community« (EEAS 2016), sind heutige Kolonien Dänemarks, Frankreichs, der Niederlande und des Vereinigten Königreichs; sie sind nicht Teil des gemeinsamen Binnenmarktes, aber ihre Staatsangehörigen sind EU-Bürger_innen. Die Tatsache, dass sie sich außerhalb Kontinentaleuropas befinden, wurde – anders als zum Beispiel im Falle der Türkei – nie für einen Diskurs der Exklusion dieser Gebiete aus EU-Europa wegen angeblicher kultureller, politischer oder wirtschaftlicher Unterschiede mobilisiert. Geografische und politische Kategorien – von ›Ländern‹ und ›Gebieten‹ zu ›Regionen‹ – werden hingegen als Platzhalter für den Begriff ›Kolonien‹ benutzt, während ihre historischen Genealogien durch Euphemismen wie »besondere Beziehungen zu einem EU-Mitgliedstaat« verschleiert werden. Trotz der formalen Anerkennung dieser anderen Europas stellt der offizielle EU-Diskurs Kontinentaleuropa in den Vordergrund – zum Nachteil aller Gebiete, die zu europäischen Ländern gehören, aber geographisch in anderen Kontinenten liegen. Dabei verbindet dieser Diskurs Europäizität mit einem eng definierten physischen Ort, der sowohl die Erinnerung als auch die Gegenwart der kolonialen Beziehungen Europas zu anderen Regionen ausspart.

Die diskursive Konstruktion eines einheitlichen Europa ist also nur möglich, wenn die historische Rolle ihrer Mitgliedsstaaten und ihrer Vorgänger bei der Schaffung globaler politischer und wirtschaftlicher Ungleichheitsstrukturen ausgeblendet wird. Dies schließt die Entstehungsgeschichte der

Europäischen Union mit ein, die, jenseits der Niederlage von Faschismus und Nationalsozialismus auf dem Kontinent, eng mit der Kolonialpolitik in Afrika und im Übersee zusammenhängt. Die Schuman-Erklärung vom 9. Mai 1950, oft als Geburtsstunde des europäischen Einigungsprozesses verstanden, sah »die Entwicklung des afrikanischen Erdteils« als eine der wesentlichsten Aufgaben des europäischen Zusammenschlusses (Hansen/Jonsson 2014) und skizzierte mithilfe des in den 1920er Jahren geprägten Begriffs ›Eurafrika‹ eine Entwicklungspolitik, gemäß der Afrika Rohmaterialien für Europas Industrie sowie Nahrung für seine Bevölkerung liefern sollte. »Afrika den Europäern« und die damit zusammenhängende Fortsetzung der Kolonialpolitik mit neuen Mitteln war ein Schlagwort der Zwischenkriegszeit – nicht zuletzt für Konrad Adenauer, der als Vizepräsident der Deutschen Kolonialgesellschaft die Hoffnung hegte, aus der Sahara könne ein »zweites Ruhrgebiet« werden (vgl. Brocza 2016). Dazu kam es nicht – die EU-Gründer hatten die Dekolonisierung Afrikas weder vorhergesehen noch eingeplant. Doch auch damit ist das koloniale und imperiale Erbe viel mehr als die überwundene Vergangenheit der Europäischen Union. Die EU-Gründerstaaten waren bis ins 20. Jahrhundert hinein imperiale Zentren, besaßen noch in den 1930er Jahren drei Viertel aller ausländischer Territorien auf der Welt und beherrschten fast die Hälfte der bewohnten Fläche der außereuropäischen Welt. Noch heute sind fast 40 Prozent der geltenden Grenzen weltweit solche, die durch die britische und französische Imperialpolitik gezogen wurden. Noch vor der EU-Osterweiterung 2004 waren 90 Prozent der EU-Bürger_innen Staatsangehörige ehemaliger Kolonialmächte (vgl. Böröcz/Sarkar 2005) – mit der dazugehörigen Geschichte von und Sozialisierung mit Ausbeutung, Rassismus und kolonialen Privilegien.

Bei der Gleichzeitigkeit von Globalisierung und Fragmentierung im gegenwärtigen Europa handelt es sich aus meiner Sicht also nicht um »ein

Paradox der späten Postmoderne«, wie Braidotti suggeriert, sondern um die Funktionslogik eines Verflechtungsraums, der Europa seit mindestens fünfhundert Jahren ist. Als solches ist Europa auch seit langem nomadisiert und auch kreolisiert. Die Bedeutung dieser kreolisierten Identität müsste sich allerdings noch auf die herrschende Selbstdefinition und das Geschichtsverständnis Europas auswirken. Oder, um die bekannte Formulierung Salman Rushdies aus den *Satanischen Versen* zu paraphrasieren: »Das Problem mit den Europäern ist, dass sich ihre Geschichte in Übersee zugetragen hat, also wissen

sie nicht um ihre Bedeutung«. Eine weiter gefasste Definition von Europa, die sowohl die Abhängigkeiten als auch die Machtverhältnisse einbezieht, die der Kolonialismus und der Imperialismus seit dem sechzehnten Jahrhundert zwischen Europa und anderen Teilen der Welt generiert haben, und die Europa von seinen gegenwärtigen Grenzen im Atlantik und der Karibik aus denkt, würde einem nomadisierten Europa eher Rechnung tragen, als eine, die dem alten imperialistischen Europa das neue progressive Projekt der Europäischen Union gegenüberstellt.

Die Europäische Union als Heilsprojekt

Daniel Thym

Ausgehend von einem doppelten historischen und politischen Argument präsentiert Braidotti die europäische Einigung und ihre Bürgerschaft generell als progressives Projekt, das, unabhängig von ihren Vorschlägen, sich Nationalismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit entgegenstelle. Man mag dieses Projekt als politisches Projekt verteidigen, allein die Rückbindung an die Europäische Union überzeugt nicht. Wer eine institutionelle und gesellschaftliche Praxisrelevanz seiner Thesen entfalten möchte, sollte nicht schematisch auf Institutionen und die Politik verweisen, sondern deren historisch geformte Eigen-gesetzlichkeit anerkennen. Ansonsten scheidet eine Rückbindung der Kulturwissenschaft an die anwendungsbezogene Rechts- und Politikwissenschaft. Es wäre auch merkwürdig, wenn die Europäische Union, die über Jahrzehnte von denselben nationalen Regierungen und demokratischen Öffentlichkeiten getragen und geprägt wurde, die auch die Mitgliedstaaten dominierten, klar von der spätimperialen Ordnung zu trennen wäre, die Braidotti überwinden möchte.

In der gebotenen Kürze werde ich meine Kritik belegen und der Frage nachspüren, warum gerade die Europäische Union immer wieder zur Projektionsfläche postnationaler und postimperialer Heilsversprechen wird – und was hieraus für die prekäre Gegenwart der europäischen Bürgerschaft sowie der institutionell verfassten Europäischen Union folgt. Dies unternimmt man am einfachsten dadurch, dass man exemplarisch aufzeigt, warum die europäische Einigung politisch und auch historisch nicht notwendig als Gegenprojekt zum »alten Europa« verstanden werden muss.

Europäische Einigung in ihrer Ambivalenz anerkennen
Historisch beschränkt sich die europäische Einigung keineswegs auf die von Braidotti völlig zu Recht betonte Hegung des Nationalstaats (Müller 2011), denn Europa war von Anfang an nicht nur ein emanzipatorisches Projekt. Treibende Kraft war neben Kommunisten wie Spinelli, der Braidotti als Kronzeuge dient, die Christdemokratie, die in den Anfangsjahren alle wichtigen Regierungen stellte und auch die zivilgesellschaftliche Europäische Bewegung mitbestimmte.

Die Exzesse der nationalen Politik, die die Institutionen in Brüssel, Luxemburg und Straßburg zähmen sollten, waren nach der Motivation ihrer vor allem männlichen Gründungsväter neben solchen des Nationalismus auch diejenigen des Kommunismus, der sich in den späten 1940er Jahren auch im Westen ausbreitete. Westeuropa sollte gegen die rote Gefahr geeint werden – auch im Zeichen der Menschenrechte, die erst seit einigen Jahren als universal-postnationales Versprechen gedeutet werden, obgleich doch speziell die Europäische Menschenrechtskonvention auch dem Wunsch entsprang, dem Einigungsprojekt einen normativen Anspruch zu verleihen, der der sozialistischen Geschichtsmision etwas entgegenzusetzen vermochte.

Gleiches gilt für die (neo-)liberale kapitalistische Ordnung, die Braidotti mehrfach kritisiert, die jedoch rechtlich-institutionell nicht zuletzt ein Werk der europäischen Einigung darstellt. Es war ein praktisches Nebenprodukt der eben erwähnten Menschenrechte, dass diese auch staatssozialistischen Wirtschaftsentwürfen entgegengesetzt werden konnten. Vor allem jedoch war und ist die heutige EU zuerst einmal eine Wirtschaftsgemeinschaft, die sich immer schon dem Abbau von Handelshemmnissen und einem unverfälschten Wettbewerb verschrieben hatte. Dass hierbei auch nationalsozialistische Großraumideen sowie imperiale Ordnungsvorstellungen die konzeptuellen Grundlagen beeinflussten, gehört für die europäische Integrationsgeschichte heute zum Allgemeinplatz (Jorges/Ghaleigh 2003). Die wirtschaftliche Anbindung der damaligen Kolonien erklärt, warum die EU bis heute ein zentraler Akteur in der Entwicklungspolitik ist, bis hin zu den umstrittenen Partnerschaftsabkommen der Gegenwart.

Ich will mit diesen bewusst einseitigen Hinweisen keine Gegengeschichte schreiben. Mir geht es um etwas Anderes: Das politisch-historische Argument von Braidotti leistet keine auch nur ansatzweise adäquate Beschreibung der europäischen Einigung. Deren Genese und Gegenwart kennzeichnet eine Ambivalenz, die man

anerkennen muss, wenn man die EU verstehen und halbwegs realistische Forderungen erheben möchte. Vieles von dem, was Braidotti an der nationalstaatlichen Politik missfällt, gehört zum historischen Erbe derselben Europäischen Union, die sie unter Berufung auf Spinelli zum Gegenentwurf stilisiert.

Diese konzeptuelle Zwitterstellung des europäischen Einigungsprozesses wird in der Integrationsforschung häufig als Konflikt zwischen intergouvernementalen Lesarten, wonach die EU einer »Rettung des Nationalstaats« dient (Milward 2000), sowie neofunktionalistischen bzw. postnationalen Ansätzen unterschieden, die Europa als »normative Kraft« in einem postnationalen Gemeinwesen aufgehen lassen (Manners 2011, Habermas 2011). In ihrer konkreten Ausgestaltung überschneiden sich die Motivationslagen und Ansätze und es ist legitim, hierzu essayistisch eine Position zu beziehen. Allein die Leser_innen sollten sich bewusst machen, dass die Europäische Union eben auch für all die Strukturen und Phänomene steht, die Braidotti mittels der europäischen Bürgerschaft überwinden möchte. Woher kommt es, dass gerade die EU immer wieder als Projektionsfläche derartiger historischer Missionen erscheint?

Von Anfang an kennzeichnete das institutionell verfasste Europa etwas Unvollständiges, das in der vagen Zielvorgabe einer europäischen Föderation im Schumanplan ebenso anklingt wie in der berühmten Vorgabe einer »ever closer union« in der Präambel des EWG-Vertrages von 1957 (McCrea 2017). Die Europäische Union beschränkte sich nie auf den Status quo, sondern verwies auf eine künftige Daseinsform, deren finale Gestalt schon aus pragmatischen Gründen offengelassen werden musste, weil sich die Regierungen nicht einig waren oder selbst nicht wussten, was sie anstrebten. Diese Leerstelle lädt geradezu dazu ein, auf das Einigungswerk all die Zukunftserwartungen zu projizieren, die ein Autor mit einer besseren Zukunft verbindet – und das Gegenargument eines utopischen Gedankenschlosses war wegen der Rückbindung an

die real existierenden Institutionen leicht entkräftet. Beliebt waren derartige Plädoyers nicht zuletzt deshalb, weil sie die technokratische Alltagspraxis der Brüsseler Bürokratie normativ aufluden. Realistisch sind solche Entwürfe freilich nur dann, wenn sie die Eigengesetzlichkeit derjenigen Institutionen anerkennen, an die rückgebunden zu sein, der jeweilige Autor behauptet. Dies gilt auch Braidotti, deren Plädoyer umso mehr überrascht, als es zu einer Zeit kommt, als die interdisziplinäre Europaforschung diese Abhängigkeit von Zukunftsvisionen längst kritisch hinterfragt und als eines der strukturellen und konzeptuellen Probleme der europäischen Integration anerkennt.

Pointiert formulierte diese Kritik der Übervater der Europarechtswissenschaft, Joseph Weiler, der der Union einen »missionarischen« Charakter zuwies, der es ihr erlaubt habe, die eigenen Legitimationsdefizite und Konstruktionsfehler zu überspielen (Weiler 2012). Man kann diese Grundsatzkritik für übertrieben halten und muss doch anerkennen, dass dies Problem nicht zuletzt für die europäische Politik der vergangenen 30 Jahre gilt, in denen viele heutige Wissenschaftler sozialisiert wurden. Wiederholt setzte die Europapolitik auf teleologisch aufgeladene Projekte, deren institutionelle Struktur und normative Zielrichtung bewusst offengelassen wurden und die gerade deshalb in der Realisierung partiell scheiterten. Dies gilt für die Währungsunion ebenso wie für das Projekt eines Verfassungsvertrags nebst einer Grundrechtecharta, die einen überstaatlichen Verfassungspatriotismus im Wege der exekutiven Rechtsetzung sowie nationaler Referenden realisieren sollten. Dies scheiterte bekanntlich (Haltern 2003). Das europäische Recht und auch dessen Grundrechte prägen die Rechtspraxis heute maßgeblich mit. Allein das Selbstverständnis der Bürger konnte das EU-Recht bisher nur ansatzweise mitformen.

Dies gilt auch für diejenige Institution, auf die sich Braidotti im Titel bezieht: die Unionsbürgerschaft, die der Vertrag von Maastricht einführte. Es dürfte kein

Zufall sein, dass sie sich in der Sache einzig auf zwei Beiträge von Ulrich K. Preuß aus den 1990er Jahren stützt, in denen dieser das postnationale Potenzial der Unionsbürgerschaft ebenso stützte wie Jürgen Habermas in einigen Wortmeldungen. Dies passte nicht nur zur Globalisierungseuphorie nach dem Mauerfall, sondern entsprach geradezu idealtypisch dem zukunfts-gewandten Ansatz der europäischen Verträge, die die Unionsbürgerschaft im Jahr 1992 als bloßen Titel eingeführt hatten, der föderative Zielrichtungen andeutete, in der Sache aber kaum Konsequenzen zeitigte. Weiler sprach schon damals von einer »zynischen PR-Maßnahme« (Weiler 1996: 98). Aber was damals noch nicht war, konnte ja noch werden. Auch Hüllen können schrittweise mit Inhalt gefüllt werden.

Bürgerschaft als virtuelle juristische Institution

Tatsächlich schien die Unionsbürgerschaft eine steile Karriere zu durchlaufen. Dies lag nicht zuletzt daran, dass der Europäische Gerichtshof (EuGH), dessen Judikate zuvor geholfen hatte, den Binnenmarkt zu errichten, nunmehr die EU-Bürgerschaft zum »grundlegenden Status« erkor und Arbeitslosen in ganz Europa eine Sozialhilfe zusicherte. In der Zwischenzeit platzte freilich auch diese Blase. Wenige Monate vor dem Brexit-Referendum vollzog der Gerichtshof in Luxemburg eine Kehrtwende. Unionsbürger, die nicht arbeiten, können sich wie illegale Migrant_innen nicht auf das Diskriminierungsverbot der EU-Verträge berufen (EuGH 2015). In ihrem juristischen Gehalt steht die Unionsbürgerschaft heute ungefähr dort, wo sie im Jahr 1992 anfang, nur dass die Karriereerwartungen heute gedämpft sind.

Auch die Vorstellung, die bei Braidotti anklingt, dass auch Ausländer, die keinen Pass eines EU-Mitgliedstaats haben, direkt zu europäischen Bürgern gemacht werden sollten, war von Anfang an eine bloße Hoffnung. Ausdrücklich steht in den EU-Verträgen, dass Unionsbürger nur sei, wer die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaats besitzt. Gewiss hätte

man die Rechte indirekt annähern können, indem man Ausländer_innen im Wege der Gesetzgebung ähnliche Rechte gibt wie Unionsbürger_innen – ganz im Sinn der bekannten Prognose von Soysal aus den frühen 1990er Jahren (vgl. Soysal 1994). Eben dies unterstützte auch die EU-Kommission anfangs, stieß politisch jedoch auf Granit. Die Mitgliedstaaten waren klar dagegen und so entstand nach der Jahrtausendwende ein alternatives EU-Migrationsrecht, das nicht auf Freizügigkeit und Gleichbehandlung nach dem Unionsbürgermodell setzte, sondern in europäischen Richtlinien sprachliche und sonstige Integrationsanforderungen akzentuierte (Carrera 2009). Die europäischen Gerichtshöfe in Straßburg und Luxemburg akzeptierten diesen Wandel zwischenzeitlich (Thym 2018). Sicher gibt das EU-Recht den Drittstaatsangehörigen zahlreiche Rechte, allein die Vorstellung einer generalisierten postnationalen Bürgerschaft spiegelt die jüngeren Entwicklungen nicht ansatzweise.

Analytisch dürfte das alternative Migrationsrecht den eingangs dargestellten Antriebskräften entspringen: politische Präferenzen der nationalen Regierungen. Bisweilen wirken nationale Diskurse sogar direkt auf die europäische Ebene ein. So wurde die Klarstellung, dass die Unionsbürgerschaft zur nationalen Staatsangehörigkeit hinzutritt und diese nicht ersetzt, eingeführt, nachdem die dänische Bevölkerung in einem ersten Referendum gegen den Maastricht-Vertrag gestimmt hatte, weil sie mehrheitlich unter anderem das Konzept einer europäischen Bürgerschaft ablehnte (Howarth 1994). Auch die jüngste Kehrtwende des EuGH, der die Unionsbürgerrechte restriktiv interpretierte, kann man ähnlich erklären. In den vergangenen 25 Jahren wurde deutlich, dass die Unionsbürgerschaft ihre zukunftsgeordnete Hoffnung nicht erfüllt hat. Sie diente nicht als Keimzelle eines paneuropäischen Bürgerbewusstseins, das sich verfassungspatriotisch aus juristischen Regeln und institutionellen

Vorkehrungen gleichsam selbst schaffen sollte (Thym 2017). Ethnographische Studien zeigen, dass der lebensweltliche Unterbau fehlt (Recchi 2015). Die europäische Bürgerschaft bleibt gleichsam eine virtuelle juristische Existenz.

Nun könnte man es damit bewenden lassen und Braidotti der langen Traditionslinie derjenigen zuordnen, die der Europäischen Union und ihrer Bürgerschaft eine progressive Lesart zusprechen, die die normative Leerstelle füllt. Doch eine Lehre der vergangenen Jahre ist zugleich, dass man die Union damit zu überfordern drohte. Das Stocken des europäischen Einigungswerks dürfte nicht zuletzt daran liegen, dass der ‚permissive Konsens‘, der es der EU erlaubte, auf technokratischem Wege bedeutsame Strukturfragen zu entscheiden, die im Hintergrund viel bewirkten, ohne den öffentlichen Diskurs mitzuprägen, nicht mehr verfährt. In der Eurokrise und beim Migrationsgeschehen regelt die EU-Politik heute direkt saliente Themen, die die Bürger interessieren und nationale Wahlen mitentscheiden (Hooghe/Marks 2009). Um derartige Fragen zu behandeln, benötigt die EU institutionelle Mechanismen, die gesellschaftliche Konflikte abzubauen und mitzugestalten in der Lage sind. Eben hierfür sind die EU-Organe freilich nicht ausgelegt, weil ihre Stärke schon immer darin bestand, hinter verschlossenen Türen zwischenstaatliche Konflikte zu schlichten (Chalmers 2012).

Hieraus folgt für unsere Zwecke, dass zu scheitern droht, wer mit Braidotti gesellschaftliche Konflikte normativ im Zeichen der europäischen Bürgerschaft zu führen sucht. Dies würde nicht nur die Legitimationsbasis der Europäischen Union überstrapazieren, sondern beruhte zugleich auf der Fehlannahme, dass man das institutionell verfasste Europa und hieran anknüpfende Praktiken klar von innerstaatlichen Diskursen unterscheiden könnte. Dies ist für die Geschichte ebenso falsch wie für die Gegenwart. Eine europäische Bürgerschaft bleibt eine Ausgeburt

der Nationalstaaten, von der sie konzeptuell nicht getrennt werden kann. Im Verbund nationaler, transnationaler und überstaatlicher Diskursräume mag Braidotti ihr Vorhaben zu realisieren suchen, allein sie sollte hierbei das europäische Projekt nicht

schlechterdings auf ihrer Seite wähen. Sie beruft sich auf ein Europa, das sie in der Sache zugleich bekämpfen möchte. Der Verweis auf die europäischen Institutionen überspielt, wie steil der Weg ist.

Europa, Mobilität, Nomadismen

Estela Schindel

Rosi Braidottis Plädoyer für eine nomadische europäische Bürgerschaft liest sich wie ein ebenso emanzipatorisches wie hoffnungsvolles Programm. Als Gegenentwurf zu einem Euroskeptizismus nationalistic und fremdenfeindlicher Prägung, jedoch auch in Abgrenzung zu den Vorbehalten des linkspolitischen Spektrums wie des Feminismus gegen das europäische Projekt, entwirft Braidotti das Programm einer ›neuen‹ europäischen Identität, verstanden als multikultureller, demokratischer und solidarischer Raum. In den wenigen Jahren, die seit der Erstveröffentlichung des Textes verstrichen sind, haben die rechtsradikalen Tendenzen allerdings an Breitenwirkung gewonnen und fremdenfeindliche oder anti-migrantische Positionen drohen in vielen Ländern Europas ins Zentrum der öffentlichen Meinung vorzudringen. Diese Transformation, die von ähnlichen Bewegungen in anderen Teilen der Welt begleitet wird, verstärkt die politische Dringlichkeit des Programms einer »nomadischen europäischen Bürgerschaft«, ist aber zugleich eine Herausforderung an deren Plausibilität. Im Folgenden werden drei Formen vorgestellt, in denen sich diese Herausforderungen manifestieren und der These Braidottis politische Schlagkraft entziehen: erstens, die Frage nach dem Eurozentrismus und dessen angenommenem Niedergang; zweitens, die Frage nach dem Potenzial der Denkfigur des Nomadismus in einem Kontext, in

dem die Produktion erzwungener Mobilität zu einer Zuspitzung ungleicher Machtverhältnisse führen kann, und drittens, die Frage nach der Delokalisierung und Flexibilisierung der Bürgerschaftsregime.

Eurozentrismus

Braidotti versteht das ›Europäische‹ nicht als geopolitische Lokalisierung mit einer bestimmten Geschichte, sondern als universales und offenes Konzept: ein Symbol des universalen Selbst-Bewusstseins, das sich als Ursprungsort der Vernunft und als Motor der Entfaltung der weltweiten historischen Rationalität begreift. Die neue Agenda stützt sich folglich nicht auf eine europäische oder eurozentrische universalistische Subjektivität, sondern erfordert vielmehr einen Bruch mit den imperialen, faschistischen und undemokratischen Tendenzen. Anstelle methodologischer Nationalismen oder des konzeptuellen Eurozentrismus müssen die europäischen Subjekte des Wissens, so Braidotti, die ethische Verpflichtung annehmen, Rechenschaft über ihre Geschichte und die Schatten, die diese auf die Gegenwart wirft, abzulegen, welche sich auch im Rassismus und darin äußern, Migrant_innen einfach ihrem Schicksal zu überlassen. Aus nomadischer Perspektive gilt es, dieser Tendenz Gegendefinitionen und kosmopolitische Werte entgegenzusetzen, eine Vision von universaler Reichweite, welche den kognitiven und moralischen Universalismus verwirft.

Braidotti geht davon aus, dass der Eurozentrismus bereits durch viele historische Ereignisse überwunden ist und dass sich dem dieser Tradition entstammenden Subjekt des Wissens jetzt die nomadische Vision eines kollektiven und vielschichtigen Subjekts entgegenstellt. Die Destabilisierung Europas sei nicht nur historisch und politisch, sondern auch epistemologisch: Sie betreffe die selbst-bewussten und selbst-reflexiven Eigenschaften der Vernunft. Auch wenn wir die Hypothese Braidottis akzeptieren, dass der Eurozentrismus politisch und historisch überwunden sei, sind seine Auswirkungen auf der Ebene des Imaginären zutiefst inhärent und andauernd. Gerade die epistemologischen Annahmen, die das westliche Subjekt des Wissens aufrechterhalten, tragen eine eurozentrische Last, die, fern davon, ihre operative oder symbolische Kraft verloren zu haben, weiterhin höchst effektiv fortwirkt. Dies geschieht noch immer in den Politiken und Praktiken, die die institutionell legitimierte Wissensproduktion regulieren, wo die quantitativ orientierte, erfolgsfixierte und individualistische Logik, die die akademische Tätigkeit in der neoliberalen Ära bestimmt, die Aufgabe einer Dezentrierung des europäischen Phallogozentrismus noch mühsamer macht.

Doch der prägende Einfluss des Eurozentrismus erfreut sich nicht nur im Rahmen der akademischen Institutionalität weiterhin bester Gesundheit, sondern insbesondere in den Praktiken, Politiken, Diskursen und Technologien, die die EU Tag für Tag auf den Weg bringt. Man braucht sich nur das einerseits offensichtliche und zugleich oft verschleierte Beispiel der Handhabung der Grenzen durch das europäische System anzuschauen. Das Sterben von Menschen an den europäischen *borderlands* wird öffentlich regelmäßig skandalisiert. Im Kontext der Letalität des EU-Grenzregimes kommt diesem symbolischen, zutiefst eurozentrischen Gehalt, der den europäischen Kontroll- und Überwachungstechniken und -praktiken zugrunde liegt, wenig Aufmerksamkeit

zu. Indem die Menschen im Transit in Gebiete abgeschoben werden, wo sie der Macht der Elemente unter freiem Himmel, dem Überleben unter Bedingungen materieller Schutzlosigkeit ausgesetzt sind, bringt die europäische Grenzpolitik die illegalisierten Migrant_innen allerdings auch symbolisch in eine Zone des Überlebens, die aus westlicher Perspektive mit vormodernen oder vorzivilisatorischen Bedingungen assoziiert werden (Schindel 2015, i.E.2019). Auf diese Weise produziert diese Perspektive politisch die unerwünschten Migrant_innen als nicht-europäische ›Andere‹ als in Kontinuität mit dem, was als ›Natur‹ konstruiert wird, und reproduziert damit eine in der westlichen eurozentrischen Vorstellung zutiefst verwurzelte Spaltung, die Bruno Latour »die große Trennung« nennt (Latour 2008): die Produktion einer modernen und technologisch fortschrittlichen Zivilisation einerseits und von ›anthropologischen Kulturen‹, die einer ›natürlichen‹ Welt nahe stünden, andererseits. Bei der EU-Politik des Sterben-Lassens im Mittelmeer steht folglich nicht nur – wovor häufig gewarnt wird – der Kollaps der humanistischen Werte auf dem Spiel, die das europäische Projekt nach dem zweiten Weltkrieg angetrieben haben, sondern in den Praktiken und Techniken reproduziert und konsolidiert sich auch tagtäglich ein prosaisches, aber hartnäckiges eurozentrisches Weltbild, das zeigt, dass der westliche weiße Ethnozentrismus keineswegs seine Wirkmacht eingebüßt hat.

Nomadismus, Mobilität, Kontrolle

Ein zweiter zu beleuchtender Aspekt betrifft das Potenzial des Nomadischen. In kritischen Studien zu Migration und Grenzen ist bekräftigt worden, wie die nomadische Nicht-Unterordnung, die Verweigerung jeglicher Form der geforderten Subjektivierung, das ›Animalisch-Werden‹ gar, für Menschen im Transit in Richtung Europa Strategien des Widerstands und der Autonomie sein können (vgl. Papadopoulos/Tsianos 2007). Inspiriert von der Nomadismus-Theorie von Deleuze, legen Dimitris Papadopoulos

und Vassilis Tsianos (2007) dar, wie die Menschen in migratorischen Kontexten ihre Identität wirksam ›auflösen‹ mit dem Ziel eines ›Driftens‹ (*dérive*, nach Guy Debord) unter dem Radar von Bürgerschaften und Kontrollen. Was den Nomaden charakterisiert, so halten die Autoren fest, ist nicht sein Durch- und Überschreiten von Gates und Grenzen, Hindernissen oder Schranken, sondern sein (Ab- und Ent-)Gleiten innerhalb des Territoriums. Es handelt sich um eine politische Praktik, bei der die sozialen Akteure den normalisierten Repräsentationen ihrer selbst entgleiten und sich selbst neu konstituieren, indem sie ihre materiellen Existenzbedingungen transformieren. Migrant_innen und Geflüchtete, so Papadopoulos und Tsianos, wechseln ihre Identitäten, mit dem Ziel, Kanäle der materiellen und subjektiven Mobilität aufrechtzuerhalten. Sie verändern sich strategisch, greifen auf animalische Metaphern zurück, wenn sie Grenzen überqueren und passen ihre Praktiken und Allianzen ständig an. Mehr als ein Rechtssystem einzufordern, schaffen die Reisenden auf diese Weise Instanzen der Flucht, des stetigen Werdens und der Deterritorialisierung, die imstande sind, Systeme von nationaler Herrschaft, Identität und Repräsentation zu untergraben.

Während einerseits die nomadische Theorie als philosophische Position die Möglichkeit eröffnet, den eindeutigen und althergebrachten Begriff der Identität zu deterritorialisieren und zu destabilisieren, gehen die Logiken der Mobilität, Herkunft und des Nomadismus andererseits jedoch auch eine Verbindung mit Unterdrückungslogiken und -strategien der Macht ein. Deleuze selbst (1993) sah voraus, dass Modulation, Flexibilität und *surfen* zu neuen Modi der Unterdrückung in der Kontrollgesellschaft werden würden. Im Unterschied zu den von Foucault charakterisierten Disziplinargesellschaften, in denen Macht immobilisiert und im Raum fixiert wird, dienen ständige Mobilität und kontinuierliches Driften im Territorium nun funktional neuen

Machtlogiken und mithin der Produktion neuer Formen von Ungleichheit.

Der Nomadismus kann folglich ebenso zu einer Strategie des Widerstands und autonomer und emanzipatorischer Mobilität führen, wie er eine Herrschaftsform werden kann, die nicht mehr im Raum festhält, sondern die Menschen ›draußen‹ ihrem Schicksal überlässt, ob in der Sahara oder im Mittelmeer. Das forcierte Driften, die Vertreibung, das Fehlen von Verankerung werden so zu einem Modus ferngesteuerten Beherrschtseins. Man denke auch an Obdachlose, an Menschenhandel oder an Geflüchtete; mobile Existenzen, die wie Saskia Sassen in ihrer Studie über die gegenwärtigen Formen der sozialen Ausgrenzung (2014) warnt, sich ständig und strukturell aus jeder gesellschaftlichen Zugehörigkeit verstoßen finden.

Die ständige Mobilität kann zu einem noch effektiveren Unterdrückungsmodus führen als die alteingesessenen und feststehenden Normen der Disziplinargesellschaften. In diesem Kontext ist das andauernde Driften im Raum weder notwendigerweise reizvoll noch emanzipatorisch, sondern bloß ein Modus, den die neoliberale, ausschließende und prekarisierende Logik in unseren Tagen annimmt – sowohl im Hinblick auf die chronisch auf der Flucht befindlichen Existenzen, ohne Hoffnung, irgendwohin zurückzukehren oder sich irgendwo definitiv zu etablieren, als auch auf die gebeutelte Psyche der flexibilisierten Arbeiter_innen, von denen erwartet wird, dass sie bereit sind, ständig umzuziehen und auf stabile affektive Bindungen zu verzichten (Sennett 1998, Bauman 2000). In diesem Kontext lässt sich der von Braidotti postulierte europäische Nomadismus eher als eine spielerische Übung privilegierter Bürger_innen lesen und nicht als eine emanzipatorische Praktik, die zur Überwindung globaler Ungleichheit beitragen kann.

Die Modi des Nomadisch-Werdens, die den verinnerlichteten Erfahrungen der Migrant_innen

eine Richtung verleihen, fügen sich der allgegenwärtigen Politik der Repräsentation, der Rechte und der Sichtbarkeit nicht, sondern widersetzen sich dieser (Papadopoulos/Tsianos 2007). Es handelt sich um eine emanzipatorische Strategie jenseits – und diesseits – von Herrschaftsstrukturen von Bürgerschaft und Rechten. Wie kompatibel aber ist eine nomadische Theorie mit einem Bürgerschaftsregime, und wenn es noch so flexibel wäre, solange letzteres immer eine Tendenz zur Territorialisierung in sich birgt? Ist es möglich, beide Elemente so zu artikulieren, dass die Formulierung »nomadische Bürgerschaft« kein Widerspruch der Begriffe in sich wäre?

Disaggregierte und stratifizierte Bürgerschaft: die Risiken
Eine flexible und disaggregierte europäische Bürgerschaft wird es laut Braidotti erlauben, identitäre Binarismen zu überwinden, ein Netz von funktionell unterschiedenen Zugehörigkeiten und Loyalitäten zu begünstigen und postnationale Gefühle zu fördern. Die Dissoziation der Einheit zwischen Geburt, Nation und ziviler Bindung eröffnet, wie schon Giorgio Agamben (2002) voraussah, die Möglichkeit einer delokalisierten Bürgerschaft, bei der das Territorium der Geburt und die bürgerschaftliche Einschreibung nicht notwendigerweise korrespondieren müssen – eine Möglichkeit, die Agamben zum Beispiel als Lösungsmöglichkeit für den Konflikt zwischen Israel/Palästina ansieht.

Trotzdem weicht in Europa die Disaggregation der Vorstellung von Bürgerschaft eher einer Stratifizierung der Bürgerschaft, die neue Formen von Ungleichheit schafft. Seit Ende der 1980er Jahre haben die europäischen Staaten die migratorischen Kategorien und Statuten diversifiziert und einer Heterogenität Raum gegeben, die schließlich neue Modi von Ungleichheit beim Zugang zu Rechten schafft (Kofmann 2002) oder zu dem führt, was Sandro Mezzadra (2010) als differenzielle Inklusion bezeichnet. Als weiteres Extrem im Kontext einer globalen Stratifizierung von Bürgerschaft verstärkt

die Möglichkeit, europäische Staatsbürgerschaft auf dem Markt zu kaufen – wie Malta es Kund_innen mit hoher Kaufkraft anbietet – das Risiko, dass Flexibilität und Disaggregation zu einer Kommodifizierung von Bürgerschaft wird.

Aus dem Blickwinkel der Migrant_innen und weniger Privilegierten geht es oft darum, Formen von Sichtbarkeit oder Handlungsfähigkeit jenseits – oder diesseits – von Bürgerschaft, wie wir sie kennen, zu suchen. Im Extremfall kann im Gegensatz dazu die Ausübung einer nomadischen Bürgerschaft, zum reinen Luxus für privilegierte Europäer_innen werden, wohingegen sie für sogenannte Bürger_innen aus Drittstaaten eine prekäre – und zutiefst ungerechte – Bedingung innerhalb dessen darstellt, was Ayelet Schachar (2009) ohne Ironie »birthright lottery« genannt hat.

Literatur

- AGAMBEN, Giorgio (2002): *Homo Sacer. Die souveräne Macht und das nackte Leben*, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- APPADURAI, Arjun (1994): »Disjuncture and Difference in the Global Cultural Economy«. In: *Theory, Culture, and Society* 7, 295-310.
- BAUMAN, Zygmunt (2000): *Liquid Modernity*, Cambridge: Polity Press.
- BOATCĂ, Manuela (2015): »Multiple Europas und die interne Politik der Differenz«. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 52, 49-54.
- BRAIDOTTI, Rosi (2011): »Nomadic European Citizenship«. In: dies.: *Nomadic Theory. The Portable Rosi Braidotti*, Columbia University Press, 239-264.
- BROCZA, Stefan (2016): »Rezension Peo Hansen/Stefan Jonsson: Eurafrika«. In: *iz3w – informationszentrum 3. welt* 355, 49.
- BÖRÖCZ, József/SARKAR, Mahua (2005): »What is the European Union?«. In: *International Sociology* 20: 2, 153-173.

- CARRERA, Sergio (2009): *In Search of the Perfect Citizen? The Intersection between Integration, Immigration and Nationality in the EU*, Leiden: Brill/ Nijhoff.
- CHALMERS, Damian (2012): »The European Redistributive State and a European Law of Struggle«. In: *European Law Journal* 18, 667-693.
- EUROPÄISCHER GERICHTSHOF (EuGH), Urteil vom 15. September 2015, *Alimanovic*, C-67/14, EU:C:2015:597.
- CHAKRABARTY, Dipesh (2010): *Europa als Provinz. Perspektiven postkolonialer Geschichtsschreibung*, Frankfurt/M.: Campus.
- COHN-BENDIT, Daniel (1995): »Transit Discussion«. In: *Newsletter of the Institute for Human Sciences* 50 (Frühjahr), 1-4.
- DELEUZE, Gilles/GUATTARI, Félix (1977 [1972]): *Anti-Ödipus. Kapitalismus und Schizophrenie I*, aus dem Französischen von Bernd Schwibs. Frankfurt: Suhrkamp.
- DELEUZE, Gilles/GUATTARI, Félix (1992 [1980]): *Tausend Plateaus. Kapitalismus und Schizophrenie*, Berlin: Merve Verlag.
- DELEUZE, Gilles (1993): »Postskriptum über die Kontrollgesellschaft«. In: ders., *Unterhandlungen, 1972-1990*, Frankfurt/M.: Suhrkamp, 254-262.
- DERRIDA, Jacques (1991): *L'Autre Cap*, Paris: Minuit.
- EEAS (2016): *European Union External Action. Overseas Countries and Territories*, https://eeas.europa.eu/headquarters/headquarters-homepage/343/overseas-countries-and-territories_en (07.11.2018).
- FERREIRA, Virginia, TAVARES, Teresa /PORTUGAL, Silvia (Hg.) (1998): *Shifting Bonds, Shifting Bounds: Women, Mobility, and Citizenship in Europe*, Ociras: Celta.
- GLISSANT, Édouard (2011): »Interview.« In: *Le Monde*, 04.02.2011, https://www.lemonde.fr/disparitions/article/2011/02/04/pour-l-ecrivain-edouard-glissant-la-creolisation-du-monde-etait-irreversible_1474923_3382.html (06.12.2018).
- GREWAL, Inderpal/KAPLAN, Caren (Hg.) (1994): *Scattered Hegemonies. Postmodernity and Transnational Feminist Practices*, Minneapolis: University of Minnesota Press.
- GUTIÉRREZ Rodríguez, Encarnación/TATE, Shirley Anne (2017): *Creolizing Europe: Legacies and Transformations*, Liverpool: Liverpool University Press.
- HABERMAS, Jürgen [1990] (1992): »Staatsbürgerschaft und nationale Identität«, in: ders., *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*, Frankfurt/M.: Suhrkamp, 632-660.
- HABERMAS, Jürgen (2011): *Zur Verfassung Europas – Ein Essay*, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- HALTERN, Ulrich (2003): »Pathos and Patina. The Failure and Promise of Constitutionalism in the European Imagination«. In: *European Law Journal* 9, 14-44.
- HANSEN, Peo/JONSSON, Stefan (2014): *Eurafrica: The Untold History of European Integration and Colonialism*, London: Bloomsbury Publishing.
- HINE, Darlene Clark/KEATON, Trica Danielle/SMALL, Stephen (Hgs.) (2009): *Black Europe and the African Diaspora*, Champaign: University of Illinois Press.
- HOOGHE, Liesbet/MARKS, Gary (2009): »A Postfunctionalist Theory of European Integration. From Permissive Consensus to Constraining Dissensus«. In: *British Journal of Political Science* 39, 1-23.
- HOWARTH, David (1994): »The Compromise on Denmark and the Treaty on European Union. A Legal and Political Analysis«. In: *Common Market Law Review* 31, 765-805.
- IRIGARAY, Luce [1977] (1979): *Das Geschlecht, das nicht eins ist*, Berlin: Merve Verlag.
- JOERGES, Christian/GHALEIGH, Navraj Singh (Hrsg.) (2003): *Darker Legacies of Law in Europe. The Shadow of National Socialism and Fascism over Europe and its Legal Traditions*, Oxford: Bloomsbury/Hart Publishing.

- KOFMAN, Eleonore (2002): »Contemporary European Migrations, Civic Stratification and Citizenship«. In: *Political Geography* 21: 8, 1035-1054.
- LATOUR, Bruno (2008): *Wir sind nie modern gewesen. Versuch einer symmetrischen Anthropologie*, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- MANNERS, Ian (2002): »Normative Power Europe. A Contradiction in Terms?«. In: *Journal of Common Market Studies* 40, 235-258.
- MCCREA, Ronan (2017): »Forward or Back. The Future of European Integration and the Impossibility of the Status Quo«. In: *European Law Journal* 23, 66-93.
- MEZZADRA, Sandro (2010): »Autonomie der Migration. Kritik und Ausblick. Eine Zwischenbilanz«. In: *Grundrisse. Zeitschrift für linke Theorie & Debatte* 34, 22-29.
- MILWARD, Alan S. (2000): *The European Rescue of the Nation State*, London: Routledge.
- MÜLLER, Jan Werner (2011): *Contesting Democracy. Political Ideas in Twentieth-Century Europe*, New Haven: Yale University Press.
- PAPADOPOULOS, Dimitris/TSIANOS, Vassilis (2007): »The Autonomy of Migration. The Animals of Undocumented Mobility«. In: *Deleuzian Encounters. Studies in Contemporary Social Issues*, hg. v. Anna Hickey-Moody/Peta Malins, Basingtoke: Palgrave Macmillan, 223-235.
- PREUSS, Ulrich K. (1996): »Two Challenges to European Citizenship«. In: *Political Studies* 44, 534-552.
- RECCHI, Ettore (2015): *Mobile Europe. The Theory and Practice of Free Movement in the EU*, Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- SASSEN, Saskia (2014): *Expulsions. Brutality and Complexity in the Global Economy*, Cambridge: Harvard University Press.
- SCHACHAR, Ayelet (2009): *The Birthright Lottery. Citizenship and Global Inequality*, Cambridge, MA: Harvard University Press.
- SCHINDEL, Estela (2015): »Blowing off the Boat. The Sea Border Crossing to Europe, a Navigation on the Nature/Culture Divide«. In: *Mobile Culture Studies. The Journal* 1, 199-216.
- SCHINDEL, Estela (im Erscheinen): »Das biopolitische Schisma. Materielle und symbolische Abgrenzungen entlang der EU-Grenzen«. In: *Border Studies: Die Grenzen Europas. Theorie und Geschichte von der Antike bis zur Gegenwart*, hg. v. Claudia Bruns et al.
- SENNETT, Richard (1998): *The Corrosion of Character. The Personal Consequences of Work in the New Capitalism*, London/New York: W. W. Norton & Company.
- SOYSAL, Yasemin (1994): *Limits of Citizenship. Migrants and Postnational Membership in Europe*, Chicago: University of Chicago Press.
- THYM, Daniel (2017): »The Evolution of Citizens' Rights in Light of the EU's Constitutional Development«. In: *Questioning EU Citizenship*, hg. v. Daniel Thym, Oxford: Bloomsbury/Hart Publishing, 111-134.
- THYM, Daniel (2018): »Vom ›Fremdenrecht‹ über die ›Denizenship‹ zur ›Bürgerschaft‹. Gewandeltes Selbstverständnis im deutschen Migrationsrecht«. In: *Der Staat* 57, 77-117.
- WEILER, Joseph H.H. (2012): »Deciphering the Political and Legal DNA of European Integration. An Exploratory Essay«. In: *Philosophical Foundations of European Union Law*, hg. v. Julie Dickson/Pavlos Eleftheriadis, Oxford: Oxford University Press, 137-158.
- WEILER, Joseph H.H. (1996): »European Citizenship and Human Rights«. In: *Reforming the Treaty on European Union*, hg. v. J. Winter/Deirdre Curtin/Alfred Kellermann/Bruno de Witte, Den Haag: T.M.C. Asser Press, 57-86.